

Darstellung und Analyse der rechten Gewalt, des Alltagsrassismus und der organisierten rechten Szene und deren Strukturen im Bezirk MaHe

Analyse der Nazistrukturen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf

Seit dem Jahr 2013 ist ein Wiedererstarken des organisierten Rechtsextremismus im Bezirk Marzahn-Hellersdorf spürbar wahrzunehmen. Manche Berliner Medien wie die „Zitty“ („Tatort Marzahn-Hellersdorf – Die Rechte Gewalt eskaliert“) und zuletzt die „taz“ (Titel?) zeichnen ein sehr düsteres Bild der Lage. **Aus meiner Sicht erscheint es mir wichtig zu sein, die Lage weder zu verharmlosen noch zu dramatisieren. Fakt ist, dass die Zahlen von rechtsextremen Vorfällen sich enorm erhöht haben – im Bereich der Angriffe auf Geflüchtete und politische Gegner*innen beispielsweise um das Dreifache.**

Festzuhalten bleibt auch, dass laut Polis* „Marzahn-Hellersdorf seit Sommer 2013, seit der „Geburt“ der rechtsextremistischen „Nein zum Heim“-Kampagne, die inzwischen bundesweit Nachahmer gefunden hat, von Rechtsextremist*innen gleichsam zu einem „Musterbezirk“ für Aktion und Agitation auserkoren wurde. Dieser Umstand wird nicht zuletzt bspw. an den zahlreichen Auftritten des Berliner NPD-Landesvorsitzenden Sebastian Schmidtke auf den sog. „Montagsdemos“ der rechtsextremen sog. „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ (ehemals „Bürgerinitiative Hellersdorf“) gegen die Errichtung der Gemeinschaftsunterkunft (GU) am Blumberger Damm bis zum Sommer 2015 erkennbar.“ (Polis*, Jahresbericht 2015, S.5)

Insgesamt zeichnet sich das Jahr 2015 „durch eine Radikalisierung des Rechtsextremismus im Bezirk aber auch eine Radikalisierung des gesellschaftlichen Klimas insgesamt aus.“ (Polis*, Jahresbericht 2015, S.22) Die Opferberatungsstelle ReachOut stellt in der Jahresauswertung 2015 fest: **„Am gravierendsten ist jedoch die Lage in Marzahn-Hellersdorf, wo die Zahl an Angriffen und Bedrohungen wesentlich höher ist als in anderen Ostberliner Randbezirken.“** (Gemeinsame Pressemitteilung der Berliner Register und der Opferberatungsstelle ReachOut für das Jahr 2015, 8. März 2016)

Neben einer Verdreifachung aller rechts motivierter Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr 2014, gab es eine „Verachtfachung rechtsextremer öffentlicher Veranstaltungen im Bezirk“. „Mit 72 gemeldeten Angriffen belegt Marzahn-Hellersdorf im berlinweiten Vergleich einen Spitzenplatz in der Statistik“ (Polis*, Jahresbericht 2015, S.22)!

Auch die Registerstelle sieht laut Ihres Jahresrückblicks 2015 eine Verdreifachung der Vorfälle: „Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf wurden 2015 insgesamt 298 rechtsextreme, rassistische, antisemitische, LBGTIQ*-feindliche und diskriminierende Vorfälle dokumentiert“. („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.8)

Räumlich hat es eine bereits Ende 2014 einsetzende „Schwerpunktverschiebung rechtsextremer und rechtspopulistischer Aktivitäten im öffentlichen Raum von Hellersdorf nach Marzahn im Laufe des Jahres 2015“ gegeben. „Während noch 2013 und zu Beginn 2014 schwerpunktmäßig in Hellersdorf-Ost und Hellersdorf-Nord Vorfälle zu verzeichnen gewesen waren, die in der Hauptsache im Zusammenhang mit Auseinandersetzung um die Flüchtlings- und Asylunterkunft Carola-Neher-Straße gestanden hatten, verlagerten sich die rechtsextremen Aktivitäten 2015 nunmehr eindeutig und spürbar nach **Marzahn-Mitte**. Für diese Verlagerungen gibt es verschiedene Erklärungen: Zum einen hat es nach dem Schock vom Juli 2013 erhebliche, **durchaus erfolgreiche Bemühungen**

gegeben, die Situation rund um die Carola-Neher-Straße zu beruhigen.“ (Polis*, Jahresbericht 2015, S.30)Es gab hier u.a. durch „Polis*“ und das MBT Berlin begleitete demokratiefördernde Aktivitäten wie den „Nachbarschaftsdialog Carola-Neher-Straße“ oder durch „Hellersdorf hilft e.V.“.

Ab Ende 2014 konzentrierte sich die rechtsextremistische Mobilisierung zunehmend weg von den vorherigen geografischen Schwerpunkten Hellersdorf Nord und Hellersdorf Ost und auf die neue Asylunterkunft am Blumberger Damm in Marzahn-Mitte (regelmäßige „Montagsdemos“ der „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“) und die insbesondere ab dem Spätsommer 2015 eröffneten neuen Notunterkünfte (NU) in Marzahn-Mitte (Bitterfelder Straße und Marzahner Chaussee) (Polis*, Jahresbericht 2015, S.31).

Der Schwerpunkt der Angriffe hatte einen rassistischen Hintergrund: „Eine Vielzahl an Angriffen ereignete sich in Marzahn-Mitte. Diese waren oft rassistisch motiviert und richteten sich gegen Geflüchtete. Die hohe Dichte an organisierten Neonazis in diesem Ortsteil steht in direktem Zusammenhang mit der hohen Zahl an Propagandadelikten, wie rassistischen Schmierereien, Aufklebern und Ähnlichem.“ („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.9)

Treffpunkte

Bestimmte Kneipen und Bars fungieren seit Jahren „als einschlägige Treffpunkte des rechtsextremistischen Milieus; in diesen Lokalen fanden bspw. illegale rechtsextremistische Konzerte oder größere Veranstaltungen statt. 2015 etwa beherbergte ein Lokal im Bezirk ein bundesweites Treffen rechtsextremer Hooligans, die im Spektrum der sog. „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) zu verorten sind.“ (Polis*, Jahresbericht 2015, S.5) „Abgesehen von der rechtspopulistischen Partei „Pro Deutschland“ verfügt keine Gruppierung über einen festen Sitz im Bezirk. Eine Kneipe an der Hellersdorfer Straße, direkt am U-Bahnhof Cottbusser Platz, dient bereits mindestens seit 2013 als regelmäßiger Treffpunkt von lokalen Neonazis.“ („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.9)

Etwas genauer stellt die neonazistischen Treffpunkte in Hellersdorf die antifaschistische Rechercheseite „Fight Back“ dar:

„Seit dem Beginn der Anti-Asylproteste in Berlin-Hellersdorf sind es immer wieder bestimmte Kneipen, die als Treffpunkte für die lokale Naziszene dienen.

Das „VIWA“, am U-Bahnhof Cottbusser Platz (Pavillion VIWA – Cottbusser Platz 2, 12627 Berlin), ist seit 2013 immer wieder im Fokus. Hier griffen, am Tag des Einzugs der Geflüchteten in die Unterkunft in der Carola-Neher-Str., Neonazis aus der Kneipe heraus Geflüchtete und Antifaschist*innen mit Bierkrügen an.

René Uttke, Kai Schuster, Patrick Krüger, Daniela Fröhlich und Co. planten hier auch 2014 regelmäßig ihre weiteren Aktionen. Immer wieder ist zu beobachten, dass sich Nazis und Rassist*innen vor Demos und Kundgebung mehrere Bierchen genehmigen oder auch nach gelaufenen Aktionen noch zum Absacker getroffen wird, auch Spektren übergreifend. So sitzen Kai Schuster („III.Weg“ und „Freie Kräfte“), Lukas Lippitz und Andreas Krüger (beide NPD) gemeinsam mit René Uttke („Bürgerbewegung Marzahn“) vor verschiedenen Kundgebungen zusammen.

Dass die Betreibenden nicht wissen wer ihre Stammgäste sind, ist ausgeschlossen. So begingen die Nazi Übergriffe aus der Kneipe heraus, zum anderen tragen die Stammgäste Kleidung mit eindeutiger

NPD- oder „Nationaler Sozialist“ Aufschrift. Außerdem ist zu vermuten, dass die Gäste ihre „Heldengeschichten“ der Bedienung beim gemeinsamen Bier erzählen.

Auch die Kneipe „Icke“, in der Hellersdorfer Promenade Nr. 16, machte vor allem im letzten Jahr durch Naziklientel auf sich aufmerksam. In der Kneipe organisierte der Nazihooligan und Brandstifter Enrico Schottstädt am 5. April 2015 ein bundesweites Treffen der Nazivereinigung „Bündnis Deutscher Hooligans (B.D.H.)“. Daran nahmen Nazis aus der ganzen Republik teil, die es sich nicht nehmen ließen, verumumt und mit Pyrotechnik Fotos von dem Abend zu machen [Quelle: [Aus „Kinder-Hogesa“ wird „Bündnis Deutscher Hools“ \(Theo Schneider \(link is external\)\)](#)].

„Icke“-Gast Schottstädt sorgte im Sommer 2015 zuletzt durch einen Brandanschlag auf die Asylunterkunft am Blumberger Damm für Schlagzeilen. Er wurde bei dem Versuch die Unterkunft anzuzünden mit zwei Kameraden erwischt, wobei eine Anklage vor Gericht noch aussteht [Quelle: [Verdächtige Brandstifter stammen aus der rechten Hooligan-Szene \(link is external\)](#)].

Die „Icke“ Betreiber sahen bisher keinen Grund, die Nazis und Brandstifter heraus zu schmeißen.

Dies sind nur zwei von vielen dubiosen Kneipen in Berlin-Hellersdorf. Hier greift das Zitat aus der Zitty-Zeitung „Nicht jede Kneipe in Hellersdorf ist eine Nazi-Kneipe, aber in fast jeder Kneipe sind Nazis.“ (Quelle: „Treffpunkte der organisierten Rechten in Hellersdorf“: <https://www.antifa-berlin.info/node/1135>)

Kanadischer Neonazi Allen "Griffin" Surette eröffnet "Mad Piper" Tattoostudio in Kaulsdorf

Eine relativ neue Struktur der Naziszene stellt das Anfang des Jahres eröffnete Tattoostudio „Mad Piper“ in Kaulsdorf dar. Laut der antifaschistischen Rechercheseite „Fight Back“ hat der Betreiber diverse und langjährige Kontakte ins militante bis rechtsterroristische Nazimilieu:

„Anfang des Jahres (2016) eröffnete der bekannte kanadische Neonazi *David Allen Surette aka "Griffin Surette"* das Tattoostudio *Mad Piper Tattoo* im Marzahn-Hellersdorfer Ortsteil Kaulsdorf (Alt-Kaulsdorf 52, 12621 Berlin).

Surette hat in den kanadischen Nazibands Stonehammer und Aryan gespielt. Vor seinem Umzug nach Berlin führte er ein Tattoostudio in Toronto. Er ist ein Urgestein der kanadischen Naziszene und hat schon lange enge Kontakte zur europäischen Szene, auch zu berliner Nazis. Ihm werden beispielweise schon seit vielen Jahren enge Kontakte zur Nazirockergruppe (oder selbsternannte Ariogermanische Kampfgemeinschaft) "Vandalen" und die Gruppe rund um Landser nachgesagt. Mit seiner Band Stonehammer hat er ihnen auch ein Lied namens "V.F.F.V." gewidmet. Im antifainfoblatt hieß es schon 2005:

"Der in Kanada lebende David Allan Surette (»Griffin«) hat sogar den Status als »Vandalen«-Ehrenmitglied verliehen bekommen. Seine Begeisterung für die deutschen Neonazis scheint kaum Grenzen zu kennen und so ließ er sich gar ein Bild Regeners (Michael "Lunikoff" Regener, Chef der Gruppierung und ehem. Landser Sänger. Anm. d. Verf.) auf den Rücken tätowieren."[1]

Bei Wikipedia heißt es: *"Im Sommer 1996 folgte Griffin der Einladung vom Musiknetzwerk Blood & Honour Deutschland nach Berlin und lebte für mehrere Wochen in Deutschland, und trat mit Gastmusikern anderer Rechtsrock-Bands an den Wochenenden auf. Während dieser Zeit knüpfte Griffin Kontakte zu anderen Rechtsrock-Bands und Produzenten, die dem internationalen Blood & Honour Netzwerk angehörten, z.B. zu Ken McLellan, Steve Calladine, Kraftschlag, Landser und*

anderen." [2]" (Quelle: „Kanadischer Neonazi Allen "Griffin" Surette eröffnet "Mad Piper" Tattoostudio in Berlin" <https://www.antifa-berlin.info/node/1151>)

Wie gut vernetzt Griffin mit der rechtsterroristischen „Blood & Honour“-Szene ist, hat zuletzt seine Teilnahme an einem Treffen in Süddeutschland gezeigt: „Der kanadische Neonazi David Allan Surette alias „Griffin“ besuchte das neue Clubhaus der Neonazigruppe „Voice of Anger“ bei Memmingen. Bis zu 50 Personen nahmen an dem Treffen vergangenen Samstag teil.“ (Quelle: „Internationaler „Blood and Honour“-Treff im Nazi-Clubhaus“ http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2016/11/14/blood-and-honour-voice-of-anger-clubhaus_22708).

Veranstaltungen

„Nicht zu übersehen ist der drastische Anstieg von rechten Veranstaltungen im Bezirk. Im Vergleich zu 2014 wurden im Jahr 2015 acht Mal so viele Veranstaltungen (2015: 83, 2014: 10) dokumentiert. Während es im letzten Quartal 2014 noch rassistische „Montagsdemos“ mit bis zu tausend Teilnehmer*innen gab, nahm die Teilnehmer*innenzahl im Jahr 2015 im Durchschnitt stark ab. Viele der Veranstaltungen waren kleine Kundgebungen der „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ oder NPD mit weniger als 35 Personen oder Informationsstände anderer Parteien.“ („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.10)

Rassistische Angriffe und neonazistische Propaganda

„Höhepunkte der rassistischen Gewalt (im Jahre 2015) waren zwei versuchte Brandanschläge auf Asylunterkünfte in Marzahn-Mitte. Am 20.August versuchte eine Gruppe von mindestens sieben Neonazis die Containerunterkunft am Blumberger Damm anzuzünden. Einer der drei festgenommenen Täter ist der Organisator des B.D.H.-Treffens an Ostern 2015, E. Schottstädt, ein einflussreicher Berliner Neonazihooligan. (...) Ein weiterer Brandanschlag fand am 9.September an der gerade eröffneten Notunterkunft am Glambecker Ring statt. Hier hatten Neonazis bereits am Vortag versucht den Einzug der Geflüchteten gewalttätig zu verhindern.“ („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.12)

„Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“

„Hervorgegangen ist die „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ aus der Struktur der „Bürgerinitiative Hellersdorf“, die im Herbst 2013 im Bezirk rassistische Mobilisierungen im Netz und auf der Straße steuerte (Namen änderten sich danach mehrfach, die Struktur blieb gleich). Diese Gruppierung hat Überschneidungen in diverse andere neonazistische Strukturen und zählt lang erfahrene Neonaziaktivist*innen in ihren Reihen.“ („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.10)

„Wie schon zur Zeit der Auseinandersetzungen um die Unterkunft in der Carola-Neher-Straße 2013/2014, gelang es der sog. „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ von Spätherbst 2014 bis ins Frühjahr 2015, zeitweise hunderte Menschen für ihre sog. „Montagsdemos“ zu mobilisieren, bis die Teilnehmer*innenzahl ab März schließlich kontinuierlich auf einen kleinen Kern von 20 bis 35 Personen im Sommer sank.“ (Polis*, Jahresbericht 2015, S.5-6)

„Zum Anlass dieser **mindestens 33 „Montagsdemos“** sowie weiterer kleinerer Kundgebungen vor allem in der Region Marzahn-Mitte wurde die Ankündigung der Errichtung und Eröffnung einer Flüchtlings- und Asylunterkunft am Blumberger Damm bzw. in der Schönagelstraße missbraucht. In der zweiten Jahreshälfte riefen die Initiatoren der „Montagsdemos“ zu sog. „Kiezspaziergängen“ in

der Nähe von Flüchtlingsunterkünften auf, was die Initiatoren als eine **Art „Bürgerpatrouillen“** verstanden wissen wollten.“ (Polis*, Jahresbericht 2015, S. 6)

„Besonders auffällig ist für das Jahr 2015 der massive Anstieg der Anzahl von Angriffen, Beleidigungen, Pöbeleien und Drohungen gegen Flüchtlinge und andere Migrant/innen, aber auch gegen politische Gegner/innen, engagierte Flüchtlingshelfer/innen, die Unterkünfte selbst und gegen Lokalpolitiker/innen. Selbst die Plenarsitzung der Bezirksverordnetenversammlung ist im Oktober von 30 bis 40 Rechtsextremist/innen offen bedroht worden. Der **Schwerpunkt lag 2015 vor allem in Marzahn bzw. Marzahn-Mitte, während Hellersdorf im Vergleich etwas aus dem Fokus rechtsextremistischer Aktivität geriet.** Die Zunahme von rechtsextremistischen Veranstaltungen, so eine noch zu erläuternde Erkenntnis, geht mit einer Zunahme von Angriffen und Bedrohungen einher.“ (Polis*, Jahresbericht 2015, S. 6)

Um sich ein umfassendes Bild über die Verstrickungen der ursprünglichen „Bürgerbewegung Hellersdorf“ in die organisierte Naziszene in Berlin zu verschaffen, empfehle ich rückblickend die Lektüre folgenden Rechercheartikels von antifaschistischen Strukturen: „**Militante Neonazis – Die Bürgerbewegung Hellersdorf**“: <http://www.recherche-und-aktion.net/2014/03/die-buergerbewegung-hellersdorf/> (31.8.2016).

Rechte und neonazistische Gruppen im Bezirk

„Betrachtet man die rechten Aktivitäten im Bezirk seit 2013, so ist die Vielzahl an unterschiedlichen Gruppen auffällig. Die neonazistische Szene konnte sich auf Grund ihrer Stärke 2015 weiter ausdifferenzieren. Die bereits erwähnte „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ kann weiter als die lokal einflussreichste Gruppe betrachtet werden“ (Anmerkung durch die Abgeordnetenhauswahlen im September 2016 hat allerdings die NPD durchaus mit Ihrem Aktionismus gleichziehen können). „Zwar wurden seit 2013 unterschiedliche Namen benutzt, die Kerngruppe ist jedoch gleich geblieben. Sie pflegen engen Kontakt mit der Berliner Neonaziszene und können auch überregional auf rechte Netzwerke und Kontakte zurückgreifen.“ („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.11)

AfD in Marzahn-Hellersdorf

„Der Kreisverband der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland trat in 2015 kaum auf. Jedoch sind die Mitglieder des Kreisverbandes immer wieder als Besucher*innen in der BVV präsent und stellten wiederholt Bürgeranfragen.“ („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.11)

Es gibt seit dem Jahreswechsel 2013/2014 in jedem Berliner Stadtbezirk einen Bezirksverband der AfD, die mit jeweils sieben Leuten im Vorstand mehr oder weniger arbeitsfähig ist. „Anhand der Veröffentlichungen auf den Websites und Social-Media-Profilen der Bezirksverbände ist eine **starke Fokussierung auf die Bundespolitik zu erkennen. Eine wirklich kommunal verankerte Kiezpolitik gibt es nicht. Vereinzelt gab es Anfragen an die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), überwiegend zu Flüchtlingen bzw. deren Unterbringung, mal eine Pressemitteilung und einige inhaltliche Veranstaltungen zur Bundespolitik.** Für neue Mitglieder werden in allen Bezirken unregelmäßig Stammtische bzw. Kennenlernetreffen in Kneipen angeboten.“ („Wer ist die Berliner AfD? – Antifaschistischer Beitrag zum Berliner Wahlkampf 2016“, S.4).

In Marzahn-Hellersdorf gliedert sich der AfD-Bezirksvorstand seit 2015 wie folgt auf: „Jeanette Auricht (auch im AfD-Landesvorstand, AGH-Kandidatin), Rolf Keßler (arbeitet bei Knappschaft

Regionaldirektion Berlin; Direktkandidat), Manfred Bittner (bis 1995 CDU-Wirtschaftsstadtrat im Bezirk, bis 2001 Bürgermeister Gemeinde Seddiner See, jeweils abgesetzt wegen Korruptionsvorwürfen, 2011 Kandidat für „Freie Union“; jetzt AfD-Direktkandidat), Jessica Bießmann (Automobilkauffrau; Direktkandidatin, Mitglied seit 03/16).“ Kandidat*innen und Aktive im Bezirk sind: „Daniel Birkefeld (Direktkandidat, Frührentner), Bernd Pachal (sehr aktiv an Ständen), Gunnar Lindemann (Personalplaner bei der Bahn; Mitglied im Landesschulbeirat Berlin und Bezirksselternausschuß; BVV-Kandidat), Werner Wiemann (Mitbegründer der FDP in der DDR, bis 1994 für FDP im Abgeordnetenhaus, danach für die Grünen in der BVV), Bernd Lau (Tischler, früherer Kandidat für Die Freiheit). („Wer ist die Berliner AfD? – Antifaschistischer Beitrag zum Berliner Wahlkampf 2016“, S.11)

Berlinweit ist eine zunehmende Entgrenzung des Rechtsextremismus durch die AfD festzustellen: „Tatsächlich fällt es gerade in Berlin nicht schwer, Bezüge der AfD zu rechtsradikalen Kreisen herzustellen. (...) Demzufolge schickt die AfD gerade auf der Bezirksebene zahlreiche Kandidaten ins Rennen, die Verbindungen zu Gruppen wie „Bärgida“, der „German Defence League“ oder der seit wenigen Wochen vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachteten „Identitären Bewegung“ pflegen. Keine Ausnahme davon macht mit der „Jungen Alternative“ auch der Jugendverband der AfD in Berlin, deren Vorstandsmitglied Jannik Brämer aus seiner Mitgliedschaft bei der IB keinen Hehl macht. Bei der Wahl am kommenden Sonntag tritt er für seine Partei in Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf an.“ (Kiesel, Robert: „Wie die AfD die Weltoffenheit Berlins gefährdet“, <http://www.bnr.de/artikel/aktuell-aus-der-zivilgesellschaft/wie-die-afd-die-weltoffenheit-berlins-gef-hrdet>).

Exemplarisch lässt sich anhand des für den Wahlkreis 1 im September 2016 direkt gewählten Gunnar Lindemann belegen, wie sehr einzelne AfD-Aktivist*innen mit der rechtsextremen Szene vernetzt sind:

„Auch der Marzahner AfDler Gunnar Lindemann hat keine Berührungsprobleme zu rechtsextremen Organisationen. Mehrfach nahm er an Demonstrationen von organisierten Neonazis im Berliner Nordosten teil. Dazu gehören Veranstaltungen der sogenannten "Bürgerbewegung Marzahn"[3], der "Bürgerinitiative Kein Asyl-Containerdorf"[4] und der NPD. Im Frühjahr 2016 kündigte er an, an der Demonstration "Sicherheit statt Angst" in Hellersdorf teilzunehmen. Sie wurde vom NPD-Kandidaten *Marcel Rockel* angemeldet und von ca. 250 Rechtsextremist*innen aus ganz Deutschland besucht.[5]

Auch im Umfeld der Gruppierung "Wir für Deutschland" um den Marzahner *Enrico Stubbe* geht Lindemann auf Stimmenfang, indem er immer wieder Inhalte des AfD-Ortsverbandes auf deren Facebook-Seite teilt.[6] Auf der Seite des Kreisverbandes der Partei "Pro-Deutschland", in der auch Stubbe Mitglied ist, hinterließ Lindemann ebenfalls mehrere Besucherbeiträge. Likes des AfDlers für mehrere Artikel von NPD-Seiten, so auch zum sogenannten "Tag der deutschen Zukunft", sprechen eine eindeutige Sprache.“ (Quelle: „Der Marzahner AfDler Gunnar Lindemann und seine rechtsextremen Verbindungen“ <https://www.antifa-berlin.info/node/1197>).

Partei „Die Einheit“ in Marzahn-Hellersdorf

„Als „Die Einheit“ kandidiert in Marzahn eine Partei von Russlanddeutschen, die mit einem Flyer auffiel, in dem unter anderem eine „Schließung aller Flüchtlingslager auf dem Territorium der Stadt Berlin“ und „ihre Auslagerung außerhalb der Stadt“ gefordert wird. Spitzenkandidat und Bundesvorsitzender Dimitri Rempel trat schon Anfang Januar als Redner bei der

flüchtlingsfeindlichen Kundgebung des „Internationalen Konvent der Russlanddeutschen“ vor dem Kanzleramt auf, an dem auch NPD- und Bärigida-Anhänger teilnahmen.“ (Schneider, Theo: „Aussichtsloser Kampf am rechten Rand“ – blick nach rechts vom 13.9.2016)

„Die Rechte“ und NPD

Die Aktivist*innen der „Bürgerbewegung“ haben in den vergangenen Jahren mehrmals bewiesen, dass sie keine Berührungsgängste zum neonazistischen Spektrum haben bzw. diesem schon sehr lange angehören: „Die Übergänge zu anderen neonazistischen Gruppen sind fließend. So war mit Patrick Schröder - einer der Köpfe der Bürgerbewegung - gleichzeitig stellvertretender Landesvorsitzender der Neonazipartei „Die Rechte“ (Schröder soll laut einer Meldung des „Draussen Blog“ allerdings seit spätestens April 2016 nicht mehr im Bezirk Marzahn-Hellersdorf leben, sondern nach Pasewalk verzogen sein: <http://draussenblog.blogspot.eu/2016/04/23/nazi-uttke-allein-zu-haus/#more-462>). Aber auch die Zusammenarbeit mit der NPD auf Bezirks- und Landesebene ist sehr stark. So wurden Veranstaltungen gegenseitig unterstützt, Personen der „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ traten bei der NPD als Ordner auf und beteiligten sich an Infoständen. Während die NPD in der BVV eher unscheinbar ist, hatte sie vor allem in Marzahn und Hellersdorf eine auffällig starke Straßenpräsenz im Jahr 2015.“ („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.11)

Der unabhängige und antifaschistische „Draussen-Blog“ berichtet Ende Juli 2016 unter dem Titel **„Autonome Nationalisten“ und Kameradschaftsnazis kandidieren für NPD in Marzahn-Hellersdorf“** folgendes über die Strukturen und Kandidat*innen der NPD für die Abgeordnetenhauswahl :

„Am 18. September 2016 wählt Berlin ein neues Parlament. In den Bezirken sind die Wähler_innen aufgerufen die Wahlkreisabgeordneten und eine neue Bezirksverordnetenversammlung (BVV) zu bestimmen. **Für den Kreisverband der neonazistischen NPD treten bekannte Gesichter der sogenannten [Bürgerbewegung Hellersdorf \(BBH\)](#) und der „Autonomen Nationalisten“ an.**

Die extrem rechte „Bürgerbewegung Hellersdorf“ (BBH), die seit 2013 im Bezirk für eine Vielzahl rassistischer und neonazistischer Aktivitäten verantwortlich ist, hatte sich vor einigen Monaten aus der ohnehin längst zerbrochenen Deckung gewagt und aus ihrer Unterstützung für die Nazi-Partei NPD kein Geheimnis gemacht ([wir berichteten](#)). Nunmehr steht fest: Vertreter der bisher parteiungebundenen Marzahn-Hellersdorfer Kameradschaftsszene treten für die Partei in Wahlkreisen für das Abgeordnetenhaus an.

Als Direktkandidat für das Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 1 im Marzahner Norden kandidiert der NPD-Kreisvorsitzende Andreas Käfer. Öffentlich in Erscheinung trat er am **„Braunen Dienstag“**, an dem er – ausgestattet mit einem „Nein zum Heim“-Shirt der „BBH“ – im Publikum zu finden war. Seit 2014 ist er ein treibender Akteur bei der Reanimierung des Kreisverbandes der NPD und ist vernetzt in den regionalen rassistischen Mobilisierungen gegen die Unterbringung Geflüchteter. Käfer kandidiert auch auf der Landesliste der Berliner NPD. Auf Platz 5 bewirbt er sich um ein Mandat im Abgeordnetenhaus.

Der Wahlkreis 2, ebenfalls in Marzahn gelegen, soll von Nadine Leonhardt vertreten werden. Leonhard stammt aus Treptow-Köpenick und ist dort als Anmelderin und Organisatorin neonazistischer Aufmärsche gegen eine Geflüchtetenunterkunft im Allende-Viertel mehrfach in Erscheinung getreten. An den rassistischen **[„Montagsdemonstrationen“ 2014/2015 in Marzahn](#)**

nahm sie regelmäßig teil. Ihre Verbindung zur Marzahn-Hellersdorfer NPD ergibt sich auch aus ihrer Lebenspartnerschaft zum Kreisvorsitzenden Andreas Käfer.

Im Hellersdorfer Norden einschließlich der Hellen Mitte und dem Gebiet rund um die „Gärten der Welt“ – Wahlkreis 3 – kandidiert der den „Autonomen Nationalisten“ zugehörige Lukas Lippitz. Dieser ist seit Jahren im extrem rechten Milieu unterwegs. Am [„Braunen Dienstag“](#) nahm er mit den offen auftretenden NPDler_innen teil und trat dann ab 2014 im Zusammenhang mit klar neonazistischen Aktionen vermehrt in Erscheinung. Im Reigen der Kandidat_innen vertritt er den militanten Flügel neuer Parteikader in Marzahn-Hellersdorf und pflegt bundesweit sowie lokal Kontakte mit offen nationalsozialistischen Netzwerken wie dem „Antikapitalistischen Kollektiv“, der „BBH“ und der Partei „Der Dritte Weg“. Lippitz scheint sich innerhalb des Berliner Parteiverbandes bereits gut vernetzt zu haben. Auf der Landesliste der NPD zur Wahl des Abgeordnetenhauses wurde er auf Platz 13 gewählt.

In Biesdorf, dem Marzahner Süden und Friedrichsfelde-Ost – Wahlkreis 4 – tritt Jürgen Beck an. Dieser kandidierte bereits 2009 in Marzahn-Hellersdorf zu den Bundestagswahlen als Einzelbewerber ohne eine Parteizugehörigkeit. Der Wahlkreis 5, Mahlsdorf und Kaulsdorf-Süd, bleibt von einer Abgeordnetenhauskandidatur der Nazis verschont, hier konnte die Partei nicht ausreichend Unterschriften für einen Wahlantritt vorweisen.

Einer der Initiatoren der rassistischen Kampagne gegen Geflüchtetenunterkünfte im Bezirk, [Marcel Rockel](#), kandidiert im Wahlkreis 6, dem Süden Hellersdorfs und Kaulsdorf-Nord. Dies hatte er bereits im Februar 2016 auf einer [NPD-Kundgebung auf dem Hellersdorfer Cecilienplatz](#) verkündet. Rockel, früherer Aktivist einer informellen Nachfolgestruktur der verbotenen extrem rechten „Kameradschaft Tor“, wurde 2007 im Zusammenhang mit einem versuchten Nazi-Angriff auf eine Konzertveranstaltung wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt. Er wohnt im Wahlkreis 6, in dem auch die [2013 eröffnete Geflüchtetenunterkunft in der Carola-Neher-Straße](#) liegt. Als Hauptverantwortlicher für die Social-Media-Propaganda der seit 2013 im Bezirk agierenden „Bürgerbewegung Hellersdorf“ hat er bewiesen, die niedersten Instinkte einer Vielzahl von Bewohner_innen dieses Wahlkreises ansprechen zu können. Jedoch hat sich die apokalyptische Paranoia angesichts deren Widerlegung durch die Realität verbraucht.

Noch einmal wird deutlich, dass die sogenannte Bürgerbewegung Hellersdorf mit ihren rassistischen Aktivitäten auch den [Boden für die Nazi-Partei NPD bereiten](#) sollte. Die „Nein zum Heim“-Kampagne diente hierbei als Türöffner hin zu breiteren Bevölkerungsschichten. „Ängste“ über die Einrichtung von Geflüchtetenunterkünften und Hass gegen deren Bewohner_innen wurden geschürt und für indirekte und direkte Parteipropaganda der extrem rechten NPD genutzt. Nach drei Jahren massiver Hetze ist im [Bezirk Marzahn-Hellersdorf ein gewalttätiges Klima gegen Migrant_innen mit und ohne Fluchterfahrung](#), solidarische Bürger_innen und Antifaschist_innen entstanden. Davon will die NPD jetzt auch parlamentarisch profitieren.

Zurzeit ist die Nazi-Partei mit zwei fraktionslosen Verordneten in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vertreten. Nach deren Einzug 2006 mit drei Verordneten vollzog sie dort eine Zeitlang die Strategie der Wortergreifung, um im öffentlichen Raum Teile ihrer Ideologie zu positionieren. Durch die konsequente Nicht-Zusammenarbeit der anderen Fraktionen gelang es ihnen nicht, den Diskurs in ihrem Sinne zu beeinflussen. Denn ein Bezirksparlament ist dafür keine wirksame Bühne. Mit kommunalpolitischer Arbeit und der Geschäftsordnung waren die drei

Verordneten überfordert. Nachdem Wolfgang-Dieter Chieduch (heute aktiv und Kandidat für „Pro Deutschland“) die Fraktion verließ und sich diese damit auflösen musste, wurde die parlamentarische Arbeit noch unlukrativer. Matthias Wichmann und Karl-Heinz Burkhardt beließen es dabei Sitzungsgeld zu kassieren. Beide zogen zwar trotz Stimmenverlusten 2011 erneut in die BVV ein, spielen aber im wieder aktivierten Kreisverband offenbar keine Rolle, so dass der Bruch nicht weiter verwundert. Die Aktivist_innen der Mobilisierungen gegen Geflüchtete haben zwar ihre Anschlussfähigkeit zu Teilen der Einwohnerschaft gezeigt, dass mögliche neue NPD-Verordnete jedoch weiter völlig fremd und unfähig in dieser parlamentarischen Institution verweilen würden, ist absehbar. Im Gegensatz zur AfD, die nicht unbedingt ein helleres Personal aufzuweisen hat, wäre eine weitere Nicht-Kooperation seitens der demokratischen Mehrheit nicht fraglich.

Ein Wiedereinzug in die BVV dürfte sich als schwierig für die NPD erweisen, die Konkurrenz am rechten Rand ist durch das Erstarken der AfD und einen Wiederantritt von „Pro Deutschland“ deutlich schwieriger als noch 2011. Für die BVV-Wahlen gilt allerdings lediglich eine Dreiprozent-Hürde.

(Quelle: „„Autonome Nationalisten“ und Kameradschaftsnazis kandidieren für NPD in Marzahn-Hellersdorf“ <http://draussenblog.blogspot.eu/2016/07/22/autonome-nationalisten-kandidieren-fuer-ncpd-in-marzahn-hellersdorf/> 31.8.2016)

„Wir für Berlin“ und „Pro Deutschland“

Ab der zweiten Jahreshälfte 2015 versuchte die rechtsextreme Gruppierung „Wir für Berlin & Wir für Deutschland“ mit Unterstützung von „Bärgida“, in Konkurrenz zu den Anmeldern der sog. „Montagsdemos“, eigene regelmäßige Demonstrationen zu etablieren, welche bisher jedoch weniger regelmäßig stattfanden, als die „Montagsdemos“. (Polis*, Jahresbericht 2015, S. 6)

„Der Organisator dieser Demonstrationen, E. Stubbe, ist Mitglied bei „Pro Deutschland“ und Beisitzer im Bundesvorstand der rechtspopulistischen Partei. Weiter sind hier gute Verbindungen zum Berliner PEGIDA-Ableger BÄRGIDA vorhanden. Er organisierte in der Innenstadt im März 2016 einen rechten Aufmarsch mit ca. 2000 Personen. In Hellersdorf-Nord fand Ostern 2015 ein Treffen neonazistischer Hooligans statt. Diese waren aus der gesamten Bundesrepublik angereist. Das „Kennenlertreffen“ war der Versuch des „Bündnis Deutscher Hooligans (B.D.H.)“ rechte Hooligans bundesweit zu organisieren, in Anknüpfung an den Erfolg der Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa). Es wurde in einer Hellersdorfer Kneipe von E. Schottstädt, der aus dem extrem rechten Hooliganmilieu kommt und sich mit anderen Nazihooligans bei BÄRGIDA beteiligte.“ („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.11)

„Die rechtspopulistische Partei „Pro Deutschland“ zeigte relativ starke Präsenz in Marzahn-Mitte, vor allem mit der Bewerbung eines Bürgerbegehrens sowie Flugblättern und Aufklebern im Straßenbild.“ („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.10)

„Kommunal versucht sich „Pro Deutschland“ vor allem in Marzahn-Hellersdorf zu profilieren, zuletzt durch eine Unterschriftensammlung für ein Freibad im Bezirk. Auch hier führt Rouhs (Bundesvorsitzender von „Pro Deutschland“ – führt auch die Wahlliste bei den Berliner Abgeordnetenwahlen 2016 an) die Bezirksliste an.“ („Auftritt von rechts – Ein Überblick über Wahantritte rechter Parteien zu den Berliner Wahlen im September 2016“ S.16)

„III.Weg“ und „Autonome Nationalisten“

Die Herausgeber*innen der Broschüre „Dunkelziffer unbekannt 2016“ schätzen diese neonazistischen Strukturen in Marzahn-Hellersdorf wie folgt ein: „Auch die Neonaziorganisation „III.Weg“ hat Unterstützer*innen im Bezirk, die an einschlägigen Veranstaltungen in der ganzen Republik teilnehmen. Auch hier sind Überschneidungen zur „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ offensichtlich. Neben dem III.Weg traten Neonazis auch unter dem Label „Antikapitalistisches Kollektiv Berlin-Brandenburg“ auf, zuletzt mit einem Block im Stil der „Autonomen Nationalisten“. („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.11)

Und das Berliner apabiz bzw. die mbr schreiben in Ihrer Broschüre zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen 2016 über die Partei „Der III. Weg“: „In Berlin gibt es seit 2015 einen „Stützpunkt“. Dieser ist bislang kaum öffentlich in Erscheinung getreten und nur durch wenige Flugzettel-Aktionen, vor allem in Marzahn-Hellersdorf, sowie interne Parteiveranstaltungen aufgefallen. Einzig öffentlich wahrnehmbare Aktion des III. Weg in Berlin war ein Aufmarsch am 2. April 2016 in Marzahn-Hellersdorf, auf dem Vertretern der NPD und Die Rechte auch Matthias Fischer, Leiter des Gebietsverbands „Mitte“ sprach.“ („Auftritt von rechts – Ein Überblick über Wahantritte rechter Parteien zu den Berliner Wahlen im September 2016“ S.17)

(Quellen: „Dunkelziffer unbekannt – Rassismus und rechte Gewalt in Marzahn-Hellersdorf Frühjahr 2016“ und „Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn Hellersdorf – Jahresbericht 2015“)

Schlussfolgerungen und Analyse der Situation:

„Die Zahlen für das Jahr 2015 sind alarmierend, besonders die hohe Anzahl an Angriffen zeigt deutlich, welche erschreckende Ausmaße rassistische Gewalttaten angenommen haben“. Und: „Rassistisch motivierte Angriffe kreieren ein Klima der Angst für Migrant*innen, Geflüchtete und Menschen, die als nicht-deutsch-weiße wahrgenommen werden. Die seit 2013 bestehenden Strukturen organisierter Neonazis konnten sich im Jahr 2015 vor allem in Marzahn weiter verankern. Die Strategie, als „besorgte Bürger“ aufzutreten und über die üblichen Neonaziszene hinaus Netzwerk aufzubauen, war sehr erfolgreich.“ („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.12) Um genau dieser Etablierung einer Art braunen Zivilgesellschaft effektiv entgegenzutreten, ist eine weitere Bündelung und Vernetzung aller demokratischen stadtgesellschaftlichen Akteur*innen in Marzahn-Hellersdorf dringend von Nöten. „Es braucht eine aktive Zivilgesellschaft, die sich entschlossen rassistischer und rechter Gewalt entgegenstellt und sich mit den Opfern solidarisiert.“ („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.12)

Und: „Die Aufgabenstellung, menschenfeindliche und antidemokratische Entwicklungen zu überwinden, bleibt auch nach 2015 eine ständige Herausforderung sowohl im Bezirk als auch in ganz Deutschland und Europa. Trotz der zahlreichen Aktivitäten auf ehrenamtlicher, hauptamtlicher und politischer Seite im Bereich Demokratieentwicklung muss nach wie vor konstatiert werden, dass nicht alle Probleme hinsichtlich einer Demokratieakzeptanz und Demokratiepraxis gelöst sind. Dies ist zweifelsohne ein langwieriger Prozess. Eine besonders große Herausforderung wird es bleiben – auch jenseits der direkten Konfrontationen mit dem organisierten Rechtsextremismus und -populismus – den auffallend großen Widerspruch aufzulösen zwischen den quantitativ und qualitativ großen Anstrengungen des Bezirks und der zivilgesellschaftlichen Träger, Vereine, Verbände etc. auf der einen Seite und der hartnäckig sich haltenden, teilweise verhärtenden Demokratiedistanz in nicht unerheblichen Teilen der Bevölkerung in allen geografischen und sozialen Lagen des Bezirkes auf der anderen Seite. Demokratiedistanz, die sich aus in der Vergangenheit, aber auch heute täglich erfahrener

Ohnmacht und dem Empfinden mangelnder Wertschätzung in den verschiedensten Lebenssituationen speist, bildet häufig die fruchtbaren Böden für Hartnäckigkeit oder Anwachsen menschenfeindlicher Einstellungen.“ (Polis*, Jahresbericht 2015, S. 8)

„Ein Mobilisierungsproblem scheint es eher in denjenigen Milieus zu geben, die potentiell für eine demokratische Abwehr der Demokratiefeindlichkeit zu gewinnen wären.“ (Polis*, Jahresbericht 2015, S. 8)

„Hinzukommt ein weiterer wichtiger Aspekt: Es wird in Zukunft zu klären sein, ob der häufig für Ostdeutschland beschriebene, vergleichsweise prominent öffentlich sichtbare Rechtsextremismus und „Rechtspopulismus“ „ostdeutsch“ seien, oder ob es spezifisch „ostdeutsch“ ist, dass eine nicht unerhebliche Anzahl von Bürger/innen zwar weit davon entfernt ist, dem Rechtsextremismus nahe zu stehen, sich zugleich aber aus verschiedensten Gründen zurückgezogen hat in das „Private“ oder in soziale Nischen, in denen gemeinsame (ostdeutsche) Erfahrungen die geschlossene Gruppe zusammenhalten. **Viel stärker sind in diesem Zusammenhang Leiderfahrungen in diesen Milieus, Erfahrungen der sozialen Deprivation und mangelnden Wertschätzung von Lebensleistungen durch das (offizielle) Gemeinwesen seit den 1990er Jahren bei der Problemlösung zu berücksichtigen, ernst zu nehmen und anzuerkennen. Wenn dies so geschieht, sind auch in Marzahn-Hellersdorf große, aber noch „unerschlossene“ demokratische Potenziale zu entdecken und zu aktivieren. Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt hat nun der hohe Bedarf an materieller, aber auch sozialer Kompetenz und Empathie für Flüchtlinge in Marzahn-Hellersdorf zu einer Aktivierung vieler Menschen geführt, die bisher dem demokratischen Gemeinwesen z.T. gleichgültig gegenüberstanden. Sie wurden bisher wenig von formellen parlamentarischen Institutionen angesprochen und werden nun aber angesichts eines ganz konkreten Bedarfs an Menschlichkeit und Hilfe im Flüchtlingsbereich aktiv. Dies könnte sich im Bereich der Demokratieentwicklung, weiß man dies zu nutzen und zu verstätigen, noch als ein enormer Sprung nach vorn herausstellen.“** (Polis*, Jahresbericht 2015, S. 9)

Positiv anzumerken bleibt die „erhöhte solidarische und ehrenamtliche Unterstützungsbereitschaft; verschiedene lokale Willkommensinitiativen sind entstanden, das Bezirksamt hat im Oktober 2015 eine neue Stelle für einen bezirklichen Beauftragten für Flüchtlingsfragen geschaffen.“ („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.17)

Eine Gesamtstrategie für den Bezirk MaHe könnte ähnlich wie in benachbarten Bezirken wie in Lichtenberg einen Lösungsansatz darstellen. Hier wäre es dringend geboten, dass sich die Lokalpolitik ebenfalls gemeinsam mit bürgerlichen und antifaschistischen Initiativen sowie den jeweiligen unabhängigen Registerstellen und einschlägigen Bildungseinrichtungen offensiv gegen Neonazis und rassistische Mobilisierungen positioniert! „Gelingt es in naher Zukunft auch in Marzahn-Hellersdorf deutlicher als bisher eine solche Allianz zu bilden, könnte sich der Bezirk in die Gesellschaft dieser good-practise-Beispiele aus Lichtenberg und Treptow-Köpenick einreihen – und die Betroffenen wären ihrem Wunsch, sich möglichst angstfrei und willkommen in ihrem Lebensalltag bewegen zu können, einen Schritt näher.“ („Dunkelziffer unbekannt 2016“ S.17)

Gemeinsame Strategie im Umgang mit der AfD?

Besonders wichtig wäre es nach dem zu erwartenden Wahlerfolg der AfD bei den Abgeordnetenhauswahlen am 18.9.2016 eine **gemeinsame Strategie im Umgang mit dieser rechtspopulistischen Partei zu finden**. Hier gibt das Berliner Apabiz und die mbr in einer zur

Abgeordnetenhauswahl erschienen Broschüre Tipps für eine kommende Auseinandersetzung in der Kommunal- und Landespolitik:

„Insgesamt ist zu erwarten, dass die AfD in den BVVen und im AGH nach einer gewissen Phase des Ankommens und Eingewöhnens diejenige Doppelstrategie verfolgen wird, die auch von anderen rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien bekannt ist: auftreten als sachorientierte

»Kümmerer« auf der einen, ideologische Agitation auf der anderen Seite. Gleichzeitig werden in den BVVen auch die rassistischen und rechtsextremen Tendenzen innerhalb der AfD zutage treten – das einschlägige Personal der Partei wird sich im Lauf der Wahlperiode zu erkennen geben. Außerdem ist zu erwarten, dass es bei der AfD zu Verwerfungen durch Überforderung, Inkompetenz und interne Streitigkeiten kommen wird.

Die Auseinandersetzung mit der AfD wird die demokratische Kommunal- und auch die Landespolitik vor eine neue, große Herausforderung stellen. Dieser kann nur durch einen Qualitätssprung in der parlamentarischen Arbeit und auch in der interfraktionellen Verständigung der Demokrat_innen begegnet werden. Hier stellen sich neue, arbeitsaufwändige Aufgaben, gleichzeitig eröffnet sich aber auch die Chance, Routinen aufzubrechen und die eigene Praxis weiterzuentwickeln.

Anzuraten ist, dass die **demokratischen Parteien möglichst früh Absprachen zum Umgang mit Rechtspopulismus treffen und auch eine öffentliche Stellungnahme darüber abgeben. Grundlage der demokratischen Selbstverständigung sollte die Erkenntnis sein, dass die AfD nicht wie eine demokratische Partei behandelt werden kann, solange sie sich nicht nachvollziehbar und praktisch wirksam von rassistischen, rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen und Personen distanziert.**

Als Ausgangspunkt der Diskussion über einen demokratischen Umgang mit der AfD können die Vereinbarungen und Praxen dienen, die in einigen Berliner Bezirken und in anderen Bundesländern zum Umgang mit der rechtsextremen NPD erarbeitet wurden. Die Eckpunkte dieser Vorgehensweisen liegen im Berliner »Appell der Demokrat_innen« von 2009² oder im sogenannten »Schweriner Weg« zum Umgang mit der NPD im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns vor. Besonders wichtig ist hierbei, keine Absprachen oder Bündnisse mit Rechtsaußen-Parteien einzugehen, bei politischen Aushandlungsprozessen nicht mit ihren Stimmen zu kalkulieren und eine öffentliche, inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen zu führen.

Wo Mandatsträger_innen und Fraktionen der AfD rechtlich begründete Ansprüche haben, muss diesen selbstverständlich sachlich-korrekt entsprochen werden. Sonderfälle liegen jedoch dort vor, wo es lediglich um gewissermaßen gewohnheitsrechtliche demokratische Gepflogenheiten geht, die nicht eindeutig durch Geschäftsordnungen oder Gesetze geregelt sind. Hier ist es an den Demokrat_innen, einen angemessenen Umgang mit rechtspopulistischen Mandatsträger_innen zu beschließen.

Des Weiteren bestehen für Parlamente und kommunale Gremien verschiedene verbindliche Regelungen, nach denen Fraktionen zwar Vorschlagsrechte für bestimmte Positionen zustehen, diese Positionen aber gleichwohl in demokratischen Wahlen besetzt werden müssen. Dies betrifft etwa die Posten der Stadträte, also der Ressortleiter in den Bezirksämtern. Hier gilt:

Demokrat_innen können nicht gezwungen werden, wider ihr Gewissen eine rechtspopulistische Person zu wählen. Eine solche Entscheidung sollte in jedem Fall offensiv und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar begründet werden.

Es ist davon auszugehen, dass die AfD in den BVVen verstärkt kommunalpolitische Initiativen starten wird, die keinen erkennbaren ideologischen Gehalt haben und nicht in jedem Fall offensichtlich abwegig sind. Der damit verbundenen Selbstinszenierung der Rechtspopulist_innen als »Kümmerer-Partei« können die Demokrat_innen nur begegnen, wenn sie selbst nah an den Bürger_innen sind und lokale Problemlagen möglichst vorausschauend bearbeiten können. Möglicherweise berechnete Anliegen der Bürger_innen und die korrigierende Rolle einer aktiven Opposition sollten nicht den Rechtspopulist_innen überlassen werden.“ (Auftritt von rechts – Ein Überblick über Wahlantritte rechter Parteien zu den Berliner Wahlen im September 2016, S.12 ff.).